Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Stettin: C. Schoenwald. — Halle a. S.: J. Barth & Co. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Opelick, Stubenbastei 2, M. Dukes, I., Schuler-Strasse No. 8. — Amsterdam: A. de la Mar Ass., N. Z. Voorburgwal 256. — Frankreich: John F. Jones Nachf. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: John F. Jones Nachf. in London, 166 Fleet Street, Aug. Siegle in London, 30 Lime Street, E. C.

Nr. 102. [30. Jahrgang.] **Berlin, Montag den 2. März 1891, Abends.** [30. Jahrgang.] **Nr. 102.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 2. März.

Wir wiesen bereits in unserer letzten Nummer nach, wie einzelne französische Organe auch im Augenblick der Ueberhitzung des nationalen Temperaments ihre Besonnenheit und Ruhe nicht ganz verloren hatten. Wir können heute mit Befriedigung konstatiren, daß inzwischen eine ziemlich allgemeine Abkühlung in der französischen Presse eingetreten ist und die Stimme der ruhigen Vernunft auch an der Seine wieder zur Geltung kommt. Daß hierzu neben der einheitlich ruhigen und patriotisch würdigen Haltung der deutschen Presse die Wiederherstellung der alten Paßbestimmungen in Elsaß-Lothringen wesentlich beigetragen habe, dürfte kaum bezweifelt werden können. Die Zweckmäßigkeit der in Frage stehenden Verordnung erscheint hiernach in einem günstigen Lichte, das keineswes an Klarheit verliert, weil die Franzosen die Erschwerung des Grenzverkehrs zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich als einen kleinlichen Racheakt darzustellen bemüht sind. Die Maßregel sagt ihnen, was alle Welt außerhalb Frankreichs weiß, daß Elsaß-Lothringen für alle Zeiten zu Deutschland gehört, daß ein Graben es von Frankreich trennt, und daß dieser Graben — wenn das Gebahren in Frankreich es als nothwendig erscheinen lassen sollte — noch weit tiefer und breiter gemacht werden kann, als er es ist.

Was die heute hier vorliegenden ruhigeren französischen Preßstimmen angeht, so entnehmen wir dem „Temps":

Die Abreise Kaiser Friedrich in größter Ruhe wie die Ankunft und wie, man darf es wohl sagen, der ganze Aufenthalt. Man hatte den Besuch der hohen Frau, welcher incognito sein sollte, während es doch für eine öffentliche Persönlichkeit, manchmal sogar für eine Privatperson, und erst für die Wittwe und die Mutter eines Kaisers kein incognito mehr giebt, mit der Berliner Kunstausstellung in Verbindung gebracht. Für diese Ausstellung sprach die Vernunft, dagegen das Gefühl, und dieses behielt schließlich die Oberhand. Die jeder Betheiligung abgeneigten Maler waren bald die Mehrheit und die Anderen gaben nach. Aus dem Vorsalle ergiebt sich, daß bei allen Wechseln der deutschen Politik uns gegenüber die Gesinnung der französischen Nation unverändert dieselbe geblieben ist. Diese schließt keineswegs die Korrektheit in den Beziehungen zwischen beiden Ländern aus, und wenn die Umstände sie von Neuem hervortreten ließen, so ist sie nicht der Art, um störend in das unbestreitbare Nachlassen der Spannung einzugreifen.

An einer anderen Stelle sagt der „Temps":

Die Haltung Frankreichs, so tadellos dieselbe thatsächlich gewesen, habe nicht der Erwartung unparteiischer Beobachter entsprochen, welche glaubten, Frankreich könne die Beziehungen zu dem Nachbarlande leichter und normaler gestalten. Die allgemeine Empfindung sei gewesen, man müsse sich angesichts des Agitation der Boulangisten und Bonapartisten um so fester und vernünftiger zeigen: leider glaubten die Verständigen, Alles gethan zu haben, wenn sie keine Extravaganzen begingen, während ihr Stillschweigen den Lärm Anderer, nach welchem man uns beurtheilt, noch lauter erscheinen ließ.

Im „Figaro" giebt Francis Magnard seinem Bedauern Ausdruck, daß es einer Handvoll Boulangisten gelang, durch wüstes Treiben den unerwarteten Umschlag in der öffentlichen Meinung zu bewirken. Aldandon heißt es:

In der diplomatischen Welt bedauert man zwar die Art und Weise, wie die Friedenssympathien der Kaiserin Friedrich in Paris aufgenommen wurde, ist aber geneigt, zu finden, der Autenthalt der Kaiserin habe zu lange gewährt. Man ergänzt sich, der Botschafter einer Großmacht habe ihr ehrfurchtvoll den Rath ertheilt, ihre Abreise zu beschleunigen, worauf die Kaiserin antwortete, „die Tochter der Königin von England brauche vor eingebildeten Gefahren nicht zurückzuweichen". Der Botschafter konnte nichts einwenden, obwohl das Land, welches er vertritt, für das Thun und Lassen der Kaiserin bekanntlich verantwortlich ist.

An anderer Stelle hält derselbe Verfasser nicht mit seiner Ansicht zurück, daß leider die Thatsache evident geworden sei, daß eine sehr kleine Minorität genüge, um die wichtigsten Interessen, die Ruhe und den Frieden des Landes in Gefahr zu bringen. Es sei nöthig, darüber ins Klare zu kommen, daß eine Nation nicht leben könne, ohne über ihr Schicksal am anderen Tage sicher zu sein.

In der „Estafette" ist zu lesen:

„Werden wir das Treiben und den Tumult des Boulangismus wieder sehen? Wird die Patriotenliga die Posse ihrer Kundgebungen wieder beginnen? Werden der Friede der Arbeit, die Würde des Gesetzes wieder den Verbrechern des Bonapartismus und der Boulange preisgegeben sein?"

Wir können im Interesse der Franzosen nur bedauern, daß ähnliche vernünftige Stimmen nicht vor einigen Tagen laut geworden sind; aber damals führte auch der „Figaro" in dem Herr Magnard heute so ruhig und kühl auftritt, eine ganz andere Sprache. Wir rechten deswegen nicht mit dem genannten Blatte, das eben um deshalb besonders interessant ist, weil es in vielen Fällen die großen und schnellen Schwankungen der öffentlichen Meinung in dem für Frankreich maßgebenden Paris getreulich wiedergiebt.

Der **Reichstag** setzte in seiner heutigen (78.) Sitzung die zweite Berathung des Militäretats fort mit Kapitel 25 der ordentlichen Ausgaben (Naturalverpflegung), und nahm ohne Debatte, nach den Anträgen der Kommission, die Kapitel 25 bis 31 (Verpflegung der einzelnen Truppentheile) an. Bei Kap. 32, Tit. 3 (Pferdegelder für Offiziere), verlangt der Etat für Grenzen 2 214 140 ℳ als Gehaltserhöhung und Anschaffung von Dienstpferden für alle berittenen Offiziere und entsprechende Summen für die übrigen Bundesstaaten. Die Kommission beantragt, für Preußen nur 1 067 450 ℳ zur Anschaffung von Dienstpferden für rationsberechtigte Offiziere der Fußtruppen bis zum Regimentskommandeur, ausschließlich dieses, sowie für Adjutanten zu bewilligen. Dagegen läßt sie die höheren Rationen für diejenigen Offiziere bestehen, für welche in der Vorlage in Voraussetzung der Bewilligung der Pferdegelder gleichzeitig eine Ermäßigung der Rationen vorgesehen war, und für welche diese Pferdegelder von der Kommission nicht bewilligt sind. Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau anerkennt, daß die von der Kommission beantragten Bewilligungen dem dringendsten Bedürfnisse entsprechen. Gleichwohl könne die Regierung eine endgültige Regelung in dem Kommissionsbeschlusse nicht erblicken, weil durch denselben das einheitliche System der zu. Entschädigung durchbrochen werde. Bei aller Anerkennung des Entgegenkommens der Kommission müsse er deshalb bitten, an der Vorlage festzuhalten. Abg. Richter-Sorau bedauert, daß jetzt an schon nach 4, statt nach 5 Jahren der Offizier Eigenthümer des Pferdes werde. Abg. Dr. von Frege bedauert, daß die Vorlage nicht im vollen Umfange von der Kommission bewilligt sei. Auch in der Kavallerie gebe es viele unbemittelte Offiziere, denen eine Erleichterung wohl zu gönnen sei. Abg. Frhr. v. Huene bedauert, daß das unbedingt Nothwendige von der Kommission bewilligt sei. Die Abgg. v. Kardorff, Dr. Hammacher, Sperlich und Hinze erklärten sich für die Kommissionsbeschlüsse, welche demnächst auch mit großer Majorität genehmigt wurden. — Bei dem Kapitel 35 (Militärische Erziehungs- und Bildungswesen) beantragen die Abgg. Richter und Hinze die mehr beantragten 40 Stellen in der Hauptkadettenanstalt und 40 Stellen in der Kadettenanstalt zu Köslin nicht zu bewilligen. Abg. Hinze begründet den Antrag damit, daß die etatsmäßigen Stellen zu sehr auf Kosten der Pensionsfähigkeit vermehrt würden. Das Offiziermanquement werde schneller und besser direkt aus den Truppen ersetzt, als durch Vermehrung der Kadettenstellen. Dagegen würden seine Freunde dasjenige bewilligen, was für bessere technische Ausbildung der Kadetten gefordert werde. Abg. Frhr. v. Huene befürwortet den Antrag der Kommission. (Die Berathung dauert fort.)

In der heutigen (46.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde die Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes, bei dem zweiten Abschnitte (Anlage zweiter, bezw. dritter Gleise auf bestimmten Strecken) fortgesetzt. Abg. Schmitz erklärt sich für die Bewilligung, wenn er auch lieber die Summe im Ordinarium des Etats gesehen hätte. Die Koblennoth der letzten Monate sei auf den Wagenmangel zurückzuführen, der im Ruhrkohlengebiet an manchen Tagen 3—4000 Tonnen Wagen betragen habe. Der Uebelstand scheine auch das Eurenkratisch gehandhabte Monopol der Staatseisenbahnen zurückgeführt werden zu müssen. Jedenfalls müsse die Anschauung zurückgewiesen werden, daß das Gebahren der Zechen die Koblennoth verschuldet hätte, wie es in dem bekannten Zirkular des Herrn Staatsministers ausgesprochen sei. Die Form dieses Zirkulars fordere zu Mißverständnissen heraus. Von einer solchen Schuld könne doch nur gesprochen werden, wenn die Eisenbahnverwaltung die nöthige Wagenzahl gestellt hätte. Es liege eine Begünstigung des Auslandes vor. Zur Hebung des Exports seien Ermäßige gestellt worden, für den Inlandverkehr seien Wagen nicht gestellt worden. Bevor der Herr Handelsminister Vorwürfe gegen einen wichtigen Industrieweig aussprechen, hätte er doch erst untersuchen müssen, wo die wirkliche Schuld gelegen. In den Kreisen der Bergwerksbesitzer herrsche deshalb begründete Mißstimmung. Abg. v. Tiedemann-Bomst bedauert, daß der Vorredner auch einem Freunde der Verstaatlichung der Eisenbahnen ein Gegner derselben geworden zu sein scheine. Hätten wir die Staatsbahnen nicht, so würde der Wagenmangel ein weit empfindlicherer gewesen sein. Es sei eine Unmöglichkeit für die Eisenbahnverwaltung, plötzlich hervortretenden großen Anforderungen sofort Genüge zu leisten. Er erklärt sich mit der vorliegenden Forderung einverstanden, glaubt aber, daß dieselbe im nächsten Jahre werde erhöht werden müssen. Handelsminister Frhr. v. Berlepsch erklärt, Abg. Schmieding habe sein (des Ministers) Zirkular erwähnt, und die Vorwürfe zunächst gegen die Form desselben gerichtet. Er müsse in dieser Hinsicht bemerken, daß in dem Erlaß der Vorwurf der Unfolblichkeit gegen einen Industrieweig von ihm nicht erhoben worden sei. Der Erlaß war ein vertraulicher, er wußte wohl, daß derselbe nicht ganz geheim werde bleiben können, aber er hätte doch erwarten dürfen, daß die Handelskammern nicht im Wortlaut der Oeffentlichkeit übergeben würden, wozu sie kein Recht hatten. Derartige vertrauliche Verfügungen kämen öfter vor. Es sei ihm ferner vorgeworfen, daß der Erlaß auf mangelhafter Information beruhe. Er habe sich aber gleichzeitig mit der Verfassung des Erlasses beim Eisenbahnminister informirt, inzwischen aber hätte er sich, um der Sache auf den Grund zu gehen, bei der Handelskammer informiren müssen, und deshalb eben wäre er zu jenem Erlasse verpflichtet gewesen. Er glaube daher in seiner Weise formell oder materiell in ungerechtfertigter Weise verfahren zu sein. (Zustimmung.) Minister von Maybach beantwortet zunächst eine Anfrage des Abg. v. Tiedemann dahin, daß eine Vorlage über die Inangriffnahme von Tertiärbahnen in Vorbereitung sei. — Wenn man die hier geforderten Mehrbeträge ins Ordinarium bringen wolle, so könne er nichts dagegen haben; weniger einverstanden würde aber wohl der Finanzminister sein. Abg. Schmieding habe die Eisenbahnverwaltung angegriffen; sie versuche in Industriebezirken jetzt eine gewisse nervöse Aufregung und er bedauere, daß man dieser Aufregung auch hier Ausdruck gegeben habe, denn duobus litigantibus tertius gaudet! Die Angaben über den Wagenmangel seien aber übertrieben. Wobei der thatsächliche Mangel komme, habe er bereits neulich auseinandergesetzt, hauptsächlich hätten elementare Ereignisse den Mangel veranlaßt. Abhülfe sei zu bereits in Aussicht genommen. Es könne aber nicht Alles auf einmal gemacht werden, man dürfe die Schwierigkeiten und die Größe der Arbeit nicht unterschätzen. Auch die Wasserwege hätten uns diesmal arg im Stich gelassen. Wenn man den Vorwurf erhebe, es seien die technischen Fortschritte nicht genug berücksichtigt, so sei das vollends unzutreffend; auch der Vorwurf zu großer Zentralisation sei unberechtigt. Dafür könne er, der Minister, doch nicht, daß man mit jeder Beschwerde, selbst über schlechten Eisenbahnkaffee, sich an ihn wende. Die Steigerungen in der Grubenproduktion seien so groß und so plötzlich, daß es einfach unmöglich sei, jeder Zeit genügende Wagen zu beschaffen. Der Nahrast werde noch vergrößert werden, aber eine völlige Befriedigung plötzlicher Bedürfnisse werde niemals möglich sein. (Beifall rechts.) Abg. Graf Strachwitz wünscht die Verwendung der Ueberschüsse aus den Eisenbahneinnahmen zur Vermehrung der Betriebsmittel und beklagt sich über die Vernachlässigung des oberschlesischen Kohlengebiets gegenüber dem westfälischen seitens der Eisenbahnverwaltung. — Abg. Graf Limburg-Stirum nimmt die Regierung gegen die von den Industriellen erhobenen Anschuldigungen in Schutz. Die Industrie verlange neue Wagen, als nöthig sei, wenn bes von ihr benöthigten Theiles sicher zu sein. Abg. Schmidt glaubt, daß die Mißstände in diesem Winter durch die Zechenverwaltungen selbst herbeigeführt worden seien, welche, begünstigt durch die jetzige Wirthschaftspolitik, dem Auslande billigere Preise gewähren als dem Inlande. Die Abgg. von Dzierzon und Szmula verwahren dagegen, daß Industriellen vor diesem Vorwurf und schieben die Schuld auf die Eisenbahnverwaltung. Darauf wird bei Schluß des Berichts die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.

Zu den Reichstagsverhandlungen über Militairfragen wird uns geschrieben:

Der springende Punkt in den Militairdebatte des Reichstags war nach dem Urtheile der Presse aller Parteien die Auseinandersetzung zwischen dem Herrn Reichskanzler und der freisinnigen Partei. Wenn Herr Rickert in einem sentimentalen Tone hervorhob, er habe bei dem Amtsantritt des jetzigen Reichskanzlers gehofft, daß Verhältnisse seiner Partei zur Reichsregierung werde sich bessern, so haben auch wir anfangs diese Hoffnung getheilt. Dieselbe wuchs, als im Mai des vergangenen Jahres sein Fraktionsgenosse Hänel in die Debatte über das Militairgesetz mit einer patriotischen, von warmem Gefühl getragenen Rede eingriff. Die Debatte über jenes Militairgesetz bildete den Prüfstein für die neue Politik des Freisinns, oder vielmehr für die Frage, ob der Freisinn dem neuen Reichskanzler gegenüber einen neuen Kurs einschlagen werde. Während der Kommissionsverhandlungen über dies Gesetz kämpften innerhalb der freisinnigen Partei die gemäßigte und die extreme Richtung mit einander um die Oberhand. Dieser Kampf endigte damit, daß die Gemäßigten sich unterwarfen — Hänel reiste ab —, und mit dem Siege der extremen Gruppe nahm die Partei den alten Kurs wieder auf, der zum Zusammenstoß mit der Reichsregierung führen mußte und geführt hat. Wenn innerhalb einer Partei gemäßigte und extreme Elemente mit einander ringen, so wird man nicht fehlgehen, wenn man a priori annimmt, daß der Sieg der Gemäßigten zum Segen und der Sieg der Extremen der Partei zum Unsegen gereicht. Dieser theoretische Satz hat sich in dem vorliegenden konkreten Falle wieder einmal bewahrheitet. S.

Die gesammte französische Presse hat sich sehr erbittert über einen Artikel der „Kölnischen Zeitung" ausgesprochen, welcher der deutschen Entrüstung über die jüngsten Vorgänge in Paris Ausdruck gab; — und an einigen Stellen ist der Versuch gemacht worden, die Kundgebung des rheinischen Blattes als ein Produkt kleinlicher eigener Interessen desselben darzustellen.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, wie sie in Frankreich mehr noch als in anderen Ländern beliebt ist, stellen wir hiermit fest, daß die „Kölnische Zeitung" in ihrer Entrüstung keineswegs allein dagestanden hat, sondern daß die gesammte deutsche Presse — von ganz vereinzelt dastehenden Ausnahmen abgesehen, welche man in Frankreich gegen die „Kölnische Zeitung" ins Gefecht zu führen sucht — sich von gleichen Gefühlen beseelt gezeigt hat, wie das genannte Blatt.

Es würde sehr leicht sein, dies den Franzosen durch eine reichhaltige Blumenlese aus den deutschen Zeitungen in unanfechtbarer Weise vorzuführen, falls sie Zweifel an der vollkommenen Richtigkeit unserer Behauptung hegen sollten; als einziges Beispiel, wie man auch in anderen Provinzen des Deutschen Reiches als in der Rheinprovinz über das sogenannte „patriotische" Treiben in Frankreich denkt, geben wir in Folgendem den Artikel eines leitenden Blattes aus dem Norden wieder:

Der „Hamburgische Korrespondent", der die französische Regierung mit keiner Silbe angreift, wendet sich mit folgenden Worten an die lärmende Minorität, der es in soft unglaublicher Weise gelungen war, während mehrerer Tage die Leitung der öffentlichen Meinung in Paris und damit in ganz Frankreich zu übernehmen, ohne daß dagegen rechtzeitig irgendwelcher bemerkenswerthen Widerspruch erhoben worden wäre.

„Kaiserin Friedrich in Paris.

In seiner Berichterstattung über die scheußliche Lumperei des Polizisten Vincent durch einen aus Lausenden und Aberlausenden von Köpfen bestehenden Pariser Mob, der sein unglückliches hülfloses Opfer in barbarischer Weise zu Tode gemartert hatte, — schrieb ein englischer Korrespondent seinem Blatte, das widerliche Ereigniß zeige, wie weise die deutsche Kriegsführung verfahre, indem sie ihre Patrouillen in Feindesland immer zu wenigsten aus zwei Soldaten bestehen lasse, die, Rücken an Rücken kämpfend, einem Volkshaufen wenigstens nicht gänzlich wehrlos gegenüberständen.

Dieser Bericht wird uns unwillkürlich ins Gedächtniß zurückgerufen, wenn wir sehen, daß es zwei Millionen Parisern gelungen ist, eine Reihende von höchster gesellschaftlicher Stellung, die in ungewöhnlicher Weise ihre Sympathien für das Land, das sie verbannen ist, daß die hohe Frau ohne Lebensgefahr die Bahnstation erreichen konnte, von der aus sie dem ungastlichen „Mekka der Zivilisation" wohl für alle Zeiten den Rücken gekehrt hat. — Es giebt nur ein Land in der ganzen zivilisirten Welt, wo unter den vorliegenden Bedingungen Maßregeln für die Sicherheit einer Dame getroffen werden mußten, um sie nicht der Gefahr einer Beschimpfung auszusetzen — Frankreich. — Und diese Dame, die sich als „gerettet" betrachten kann, weil sie unbehelligt, am hellen Tage, in einem verschlossenen Wagen von der deutschen Botschaft nach dem Nordbahnhof gelangt ist, war die Tochter der Königin von England, die Mutter des Deutschen Kaisers!

Es bleibt dem anständig denkenden Theil der französischen Bevölkerung überlassen, ob er gegen die unerhörte Schmach, die dem Namen Frankreichs durch französische „Patrioten" zugefügt worden ist, öffentlich Verwahrung einlegen wolle — oder nicht. — Und wenn es nicht geschieht, wenn Allen in Frankreich heute der Muth fehlt, der Kanaille entgegenzutreten — nun, so ist das Sache der Franzosen. — Uns soll es nicht kümmern — und auch nicht wundern."

Nach dem Pariser „Temps" hatten die „Köln. Volkszeitung" und andere Blätter eine bei dem letzten parlamentarischen Diner beim Reichskanzler seitens Sr. Majestät des Kaisers angeblich gemachte Bemerkung verbreitet, in welcher Herr Richter als ein Mann von großer Tüchtigkeit gerühmt und hinzugefügt worden sein sollte, der Kaiser würde sich vielleicht noch einmal an ihn wenden.

Der „Kölnischen Zeitung" ist inzwischen von betheiligter Seite bestimmt erklärt worden, daß keiner der Abgeordneten, welche bei dem Reichskanzler als Gäste weilten, irgend eine Aeußerung des Kaisers über den Abg. Richter vernommen habe. Die Nachricht des „Temps" ist also völlig aus der Luft gegriffen.

Dem „Hamb. Korr." wird aus Berlin, 28. Februar, telegraphirt:

„Die Pariser „Autorité" will „von einer wohlunterrichteten Persönlichkeit" in Erfahrung gebracht haben, es sei der sehnlichste Wunsch des Kaisers Wilhelm, nach Paris zu gehen und einem Manöver französischer Truppen beizuwohnen, da er neben der deutschen Armee nur noch eine einzige andere anerkenne, nämlich die französische. Für Verständige ist es selbstverständlich, daß die Nachricht des französischen Blattes nichts weiter als eine thörichte Erfindung ist; den Unverständigen, bei denen die „Autorité" Glauben gefunden hat, sei hiermit gesagt, daß der Kaiser von Deutschland niemals daran gedacht hat, nach Frankreich zu gehen, und bei keiner Gelegenheit sich über die französische Armee in einer Weise geäußert hat, welche dem Berichte des französischen Blattes die geringste thatsächliche Unterlage geben könnte."

Rundschau im Auslande.

Eine gemeinsame Denkmünze soll den ci devant Kaisernamenn Hochfort und für den bisjetzigen Champion des Kaiserreichs Paul de Cassagnac soll das Gedächtniß bewahren an den „Sieg", den nach der Ansicht einer am Sonnabend in 13. Pariser Arrondissement abgehaltenen Versammlung die (gesetzlich nicht existirende) Patriotenliga über die Regierung davongetragen hat. Die Versammlung, an welcher gegen 600 Personen theilnahmen, wird von den gemäßigten Journa'en als eine boulangistische bezeichnet. In der That haben mehrere Redner die Vorgänge der letzten Tage als einen Triumph dieser Partei gefeiert, indem die Regierung der Republik gezwungen worden sei, sich vor den „Patrioten" zu beugen. Der Held des Tages war Déroulède, welcher von Versammluna stürmisch begrüßt wurde und sodann einen Brief des Malers Détaille aus der Tasche zog, in welchem dieser mit pflichtschuldiger Verbeugung vor dem Patriotismus der „Patrioten" erklärt, daß sein Patriotismus aus dem Streit der letzten Tage neu gestärkt hervorgegangen sei! Boulanger, der sich Verschollene, mittert Morgenluft. Er hat sein Versteck in Jersey verlassen und ist nach Brüssel gekommen, seinen Pariser Getreuen näher. Es heißt, er wolle nicht mehr nach Jersey zurückkehren.

Mit nicht geringer Spannung sieht man in **Italien** den parlamentarischen Vorgängen entgegen, welche sich heute auf dem Monte Citorio abspielen werden. Die Kammer hat eine Neuwahl des Präsidenten vorzunehmen, da der bisherige Vorsitzende, Biancheri, wie dies bei einem Kabinetswechsel üblich ist, sein Ehrenamt niedergelegt hat. Die Regierung hat sich für eine Wiederwahl Biancheri's ausgesprochen, der sich als Kammervorsitzender bei allen Parteien Achtung und Beliebtheit zu erwerben verstanden hat. Die Opposition macht große Anstrengungen, den gewesenen Justizminister im Kabinet Crispi, Zanardelli, auf den Präsidentensitz zu bringen. Die Präsidentenwahl dürfte den neuen Gruppirungen, welche sich in Folge des Kabinetswechsels unter den Abgeordneten gebildet haben, Gelegenheit geben, sich zu offenbaren und es wird sich zeigen, wie stark die Koalition jener Fraktionen der Rechten und verschiedener Bruchstücke der Linken ist, welche sich als ministerielle Majorität zur Unterstützung des neuen Kabinets willig erweisen.

In einer Zirkularnote an alle Vertreter **Serbiens** im Auslande hebt der neue Minister des Auswärtigen, Georgjevic, hervor, die auswärtige Politik des neuen Ministeriums Pasic werde sich in derselben Richtung bewegen und demselben Ziele zustreben, wie die Politik des Kabinets Gruic. Die Regierung werde alle Bemühungen dahin richten, freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten zu erhalten und zu entwickeln, indem sie ihre Haltung so einrichtete, daß dem Lande die werthvollen Sympathien des Auslandes für die serbischen Interessen bewahrt und korrekte und intime Beziehungen gesichert würden, insbesondere zu den Nachbarstaaten, an welche Serbien durch verschiedenartige ökonomische und kommerzielle Bande geknüpft sei.

Dem Ministerwechsel in Serbien ist alsbald eine Kabinetskrisis im benachbarten **Rumänien** gefolgt. In Folge einer gegen die Regierungsvorlage sich aussprechenden Abstimmung des Senates hat der Ministerpräsident Manu mit seinen Kollegen dem König ein Entlassungsgesuch überreicht. Das Koalitionsministerium Manu, aus gemäßigt Konservativen und Vertretern der sog. Juntisten-Partei bestehend, hat sich der ersten Kammer gegenüber stets in einer unsicheren Lage befunden. Während nämlich im Abgeordnetenhause durch die Verbindung der im Kabinet repräsentirten Parteien dem Ministerium eine Mehrheit sicher ist, besitzen im Senat die Altkonservativen oder die Bojarenpartei eine Majorität, wenn auch nur eine sehr schwache. Regierungsmaßregeln gegenüber, welche von der konservativen Fraktion des Kabinets ausgingen, pflegte sich die Bojarenmehrheit des Senats nicht allzu störrisch zu erweisen. Aber bei der Bildung des Ministeriums waren die drei juntistischen Mitglieder desselben nur unter der Bedingung eingetreten, daß auch einigen ihrer besonderen Reformideen der Weg in die Gesetzgebung gebahnt würde. Als ein solches, juntistischen Ursprung verrathendes Reformgesetz erschien der Senatsmehrheit das von der Regierung vorgelegte Unterrichtsgesetz. Sie brachte daselbe durch ihren Widerspruch zu Fall und in Folge dieses Votums entschloß sich das gesammte Kabinet zurückzutreten. Indessen die ganze Situation in Rumänien ist beherrscht von dem allgemein gefühlten Bedürfniß, die Vorbereitungen zu dem am 20. April d. J. stattfindenden Jubiläum der Thronbesteigung des Königs Karl nicht durch Wahlaufregungen trüben zu lassen. Und da eine eigentliche Klärung der Lage und der für ein neues Kabinet bestehenden Aussichten nur durch eine Auflösung des Senats zu erreichen wäre, so ist wahrscheinlich, daß irgendwelcher Ausweg gefunden wird, um dem gegenwärtigen Zustand, der allerdings den Charakter eines Provisoriums trägt, wenigstens über den Monat April hinaus Dauer zu verschaffen.

Durch die „Italia militare e marina" erhält die Nachricht eine Bestätigung, daß General Menotti Garibaldi sich im Auftrage der italienischen Regierung nach **Massauah** begeben habe, um daselbst die Frage der Errichtung von Kolonieen in Keren, Asmara und den benachbarten Gegenden mit militairischer Organisation zu studiren.

Aus Buenos-Ayres eingegangene Meldungen besagen, die **chilenischen** Aufständischen hätten sich in vortrefflichen Stellungen bei Jquique befestigt.

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission des Reichstags erledigte heute den Rest des Etats. Die zur Erwerbung eines Dienstgebäudes für das Oberkommando der Marine geforderten 1 025 000 ℳ, über welche das vorige Mal die Beschlußfassung ausgesetzt war, wurden heute nach Einsicht in die Pläne bewilligt, doch wurde in dem Titel noch eingeschaltet „für das Marineamt und für das Marinekabinet". Bei dem Etat der Reichsschuld bestätigte Staatssekretaire Freiherr v. Maltzahn, daß die jüngste Reichsanleihe 46 Mal gezeichnet sei, und gab auf Anfrage die Erklärung ab, daß in nächster Zeit keine neue Anleihe an den Markt gebracht werden würde. Die Ansätze des Etats wurden im Uebrigen durchweg unverändert genehmigt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, den 2. März.

* Se. Majestät der Kaiser und König hatte am Sonnabend Nachmittag gegen 2 Uhr, nach Aufsetzung der Frückstückstafel, auch noch den Kammerherrn v. Heldorff-Bedra empfangen und darauf von 2¾ Uhr ab, in Begleitung des Flügeladjutanten vom Dienst, einen Spaziergritt durch den Thiergarten nach dem Grunewald unternommen, von dem Allerhöchstderselbe gegen 5 Uhr zum Schlosse zurückkehrte. — Um 6 Uhr empfing Se. Majestät einer Einladung alter Herren der Bonner Borussen nach dem großen Festsaale im Hotel Kaiserhof. (Siehe unten.) Von dort nach dem Schlosse zurückgekehrt, begaben sich alsdann beide Kaiserliche Majestäten zum Besuche der Vorstellung nach dem Berliner Theater und wohnten derselben bis zum Schlusse bei.

Am Sonntag Morgen arbeitete Se. Majestät der Kaiser zunächst längere Zeit allein und begab sich darauf mit Ihrer Majestät der Kaiserin zur Beiwohnung des Gottesdienstes in den Dom. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, erledigte Se. Majestät bis gegen 1 Uhr Nachmittags Regierungsangelegenheiten und empfing darauf die Kommandeure der Leibregimenter, der Leibkompagnieen, der Leibeskadrons und Leibbatterieen 2c., um aus deren Händen, wie stets zu Beginn eines neuen Monats, die regelmäßigen Militair-Monatsrapporte entgegenzunehmen. — Später ertheilte Allerhöchstderselbe dem diesseitigen Gesandten in der Schweiz, Wirklichen Geheimen Legationsrath v. Bülow, eine Audienz, und sahen sodann die Kaiserlichen Majestäten den Fürsten und die Fürstin zu Salm-Horstmar als Gäste